

II-13487 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6558 13

1994 -05- 0 2

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Wirtschaftsförderungen des Staates und Moral

Medienberichten ("Profil" Nr. 16 vom 18.4.1994, Seite 56) zufolge hat die Firma Levi's Jeans eine Umwelt- und Menschenrechtsinitiative gestartet, in der sämtliche Handelspartner, Unternehmen und Kleinstaaten auf ihre Praktiken in Sachen Menschenrechte unter die Lupe genommen werden. 700 Unternehmungen auf der ganzen Welt wurden untersucht; 34 als Lieferanten gestrichen und 170 aufgefordert, die Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken zu verbessern. Einige Staaten, in denen notorisch und schwerwiegend die Menschenrechte verletzt werden, wurden mit einem Handelsstop belegt, so etwa China. Es ist bedauerlich, daß ein Wirtschaftsunternehmen wie die Firma Levi's offenbar mehr Moral bei ihren Wirtschaftskontakten an den Tag legt als die Republik Österreich, die mit ihren staatlichen Exportförderungen nach wie vor nicht in ähnlicher Art und Weise Sanktionen für Menschenrechtsverletzungen vorsieht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Sind Sie nunmehr bereit, die Gewährung von Exportförderungen in ähnlicher Art und Weise wie die Firma Levi's von der Achtung grundlegender Menschenrechte in den Export-Partnerstaaten abhängig zu machen? Wenn nein, warum nicht?
2. Die Firma Levi's hat China aus ihrem Handelsprogramm gestrichen; wie haben sich die staatlichen Exportförderungen Österreichs mit China in den letzten drei Jahren entwickelt?
3. Trotz des rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs werden aus China keine Verbesserungen, sondern massive Verschlechterungen der Menschenrechtssituation berichtet. Planen Sie eine Beendigung der Exportförderungen im China-Geschäft im Hinblick auf die sich verschlechternde Menschenrechtssituation? Wenn nein, warum nicht?

4. **Welche Initiativen haben Sie als österreichisches Regierungsmitglied gesetzt, um eine international abgestimmte Vorgangsweise zur Sanktionierung von gravierenden Menschenrechtsverletzungen zu erreichen?**